

Schwarz-Gelb macht krank!

Bereits die Regierung von SPD und Grünen und die Große Koalition haben das Gesundheitssystem massiv abgebaut: Privatisierung, Kostenverlagerung auf die Versicherten und immer mehr Wettbewerb.

Jetzt wollen CDU und FDP das solidarische Gesundheitssystem vollständig zerschlagen:

- Ab Januar 2011 zahlen RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen 8,2 Prozent. Der von SPD und Grünen eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent bleibt bestehen.
- Arbeitgeber zahlen nur 7,3 Prozent. Ihr Beitrag wird dauerhaft eingefroren. Künftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten alleine tragen.
- Reicht den Krankenkassen das Geld aus diesen Beiträgen nicht, müssen die Versicherten eine Zusatz-Kopfpauschale (pauschaler Zusatzbeitrag) zahlen, ohne Obergrenze. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wesentlich stärker belastet als Personen mit hohen Einkommen.
- Der versprochene »Sozialausgleich« verdient diesen Namen nicht. Bei 16 Euro Durchschnittspauschale und einem Bruttoeinkommen von 800 Euro gibt es keinen Ausgleich: In diesem Fall werden 10,2 Prozent oder 81,60 Euro fällig! Niedrigverdienende, RentnerInnen, Auszubildende und Studierende zahlen künftig über 10,2 Prozent ihres Einkommens an Beiträgen. Das ist eine staatlich verordnete Einkommenskürzung! Dazu kommen noch die Praxisgebühr und die Zuzahlungen.

Durch die Umwandlung des Zusatzbeitrags in eine Zusatz-Kopfpauschale wollen CDU-CSU und FDP die Kopfpauschale durch die Hintertür einführen. Das ist aber nur ein Zwischenschritt zu ihrem eigentlichen Ziel, alle Beiträge als Kopfpauschale zu erheben. Pauschal ist unsozial!

Merkel und Westerwelle wollen die Gesundheitsversorgung für Arbeitgeber und Besserverdienende billiger machen. Dafür sollen chronisch Kranke, Arme, Rentnerinnen und Rentner, Durchschnitts- und Geringverdienende mehr bezahlen.

DIE LINKE will eine solidarische Bürgerversicherung

- in der alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied sind. Auch Beamte, Politikerinnen und Politiker und Selbständige.
- bei der nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch andere Einkommensarten, wie zum Beispiel Kapitalerträge und Pachteinnahmen, beitragspflichtig sind.
- bei der die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft wird.

Wir wollen, dass

- Praxisgebühr und Zuzahlungen abgeschafft werden, weil sie Menschen daran hindern, die Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen.
- die Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung übernehmen. Deshalb muss der von SPD und Grünen eingeführte Sonderbeitrag von 0,9 Prozent für die Versicherten abgeschafft werden.
- jeder Mensch einen eigenen persönlichen Krankenversicherungsanspruch erhält, damit niemand mehr zwangsweise von anderen abhängig ist.

Nur Reiche können sich einen schwachen Sozialstaat leisten! Dagegen setzen wir das Prinzip der Solidarität. Wir meinen: Wer viel hat, muss viel zur Solidargemeinschaft beitragen. Das sehen auch viele Besserverdienende so: Sie wollen nicht in einem Land leben, in dem immer mehr Menschen in Armut und Not gedrückt werden.



Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

www.die-linke-hessen.de